



borderline-europe e.V., Gneisenaustr. 2 a, 10961 Berlin

borderline-europe
Menschenrechte ohne Grenzen e.V.

Gneisenaustr. 2 a

10961 Berlin

Tel.: +49-(0)176-4202 76 55

mail@borderline-europe.de

St.-Nr. 27/661/65089

IBAN: DE11 4306 0967 4005 7941 00

BIC: GENODEM1GLS

Berlin, 26. Januar 2018

Pressemitteilung

Gemeinsamer Social Media Action Day am 28.01.2018: EU-Unterstützung für „libysche Küstenwache“ beenden

Organisationen der zivilen Seenotrettung fordern von der Bundesregierung, dass sie die Zusammenarbeit mit der „libyschen Küstenwache“ beendet und stattdessen die Seenotrettung ausbaut. Der Aufbau einer Koordinierungsstelle für Rettungseinsätze (MRCC - Maritime Rescue Coordination Centre) in Libyen, die nur das Ziel verfolgt einen rechtlichen Vorwand für die Zurückführung von Flüchtenden nach Libyen zu schaffen, muss gestoppt werden.

„Für ihre Abschottungspolitik ist der Europäischen Union jedes Mittel recht. Wir brauchen legale Möglichkeiten der Einreise nach Europa, um das Sterben an den Außengrenzen zu beenden“, sagt Judith Gleitze von borderline-europe - Menschenrechte ohne Grenzen e.V.

Die „libysche Küstenwache“ gefährdet durch ihr Verhalten im Mittelmeer immer wieder Menschenleben. Zivile Seenotrettungsorganisationen haben mit Fotos und Videos dokumentiert nachgewiesen, dass durch das Eingreifen dieser „Küstenwache“ laufende Rettungsmissionen torpediert werden. Es kommt zu Angriffen auf die Seenotrettungsorganisationen und die Boote der Flüchtenden. Darüber hinaus finden vermehrt illegale Rückführungen aus internationalen Gewässern nach Libyen statt. Die „libysche Küstenwache“ verstößt damit gegen die Genfer Flüchtlingskonvention.

Bei den Akteuren der libyschen Küstenwache handelt es sich zu einem Großteil um bewaffnete Milizen. Ein Bericht des UN-Sicherheitsrates belegte¹, dass es Verwicklungen zwischen Milizen, Schleppern und der „libyschen Küstenwache“ gibt. Auch der Bundesregierung sind diese Verbindungen bekannt, wie aus ihrer Antwort vom 20.7.2017² auf eine Bundestagsanfrage der

¹Letter dated 1 June 2017 from the Panel of Experts on Libya established pursuant to resolution 1973 (2011) addressed to the President of the Security Council

<https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/N1711623.pdf>

² Drucksache 18/13153

Linken hervorgeht. Im Auftrag der EU soll diese „Küstenwache“ Menschen daran hindern über das Mittelmeer nach Europa zu fahren. Im Gegenzug bieten die EU und Italien großzügige finanzielle Hilfen und Ausbildungen an. Leidtragende sind dabei die Flüchtenden, die den Milizen schutzlos ausgeliefert sind. Auch Amnesty International haben in ihrer Veröffentlichung³ auf die Verantwortung der EU-Regierungen für das Sterben im Mittelmeer und die menschenunwürdige Situation in Libyen hingewiesen.

Am Sonntag, den 28. Januar 2018, rufen Organisationen der zivilen Seenotrettung zu einem Social Media Action Tag auf. Über den gesamten Tag werden die beteiligten Organisationen Artikel, Bilder und Videos posten, um über Rechtsverletzungen und die unmenschlichen Auswirkungen durch die Zusammenarbeit zwischen den Staaten der Europäischen Union und der umstrittenen libyschen Küstenwache zu informieren.

Dem Social Media Action Day können Sie bei [borderline-europe e.V.](#) auf [Facebook](#) und [Twitter](#) ([@borderlineeurope](#)) verfolgen, sowie über die Kanäle der beteiligten Organisationen

[SOS Mediterranee e.V.](#)

[Jugend Rettet e.V.](#)

[Alarm Phone](#)

[Sea-Watch e.V.](#)

[Mission Lifeline e.V.](#)

[RESQSHIP](#)

[CADUS](#)

Solidarity at Sea

und unter dem Hashtag **#RechtaufFlucht** in allen sozialen Medien.

Kontakt für Rückfragen und Interviews:

Judith Gleitze, +39 340 9802196, jg@borderline-europe.de

Harald Glöde, +49 176 42027655, hg@borderline-europe.de

³ <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2017/12/libya-european-governments-complicit-in-horrific-abuse-of-refugees-and-migrants/>